



Menschenrecht auf Frieden

Pressemitteilung von Heike Hänsel, 25. September 2012

„Die UN-Generalversammlung steht in der Verantwortung, sich für ein Ende der Gewalt in Syrien und anderen Krisenregionen dieser Welt einzusetzen und auf politische statt militärische Lösungen zu setzen“, so Heike Hänsel, Vorsitzende des Unterausschusses für Vereinte Nationen, Globalisierung und internationale Organisationen, anlässlich des heutigen Beginns der UN-Generaldebatte in New York. Die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Die Bundesregierung, die gegenwärtig den Vorsitz des UN-Sicherheitsrats innehat, muss sich deshalb eindeutig für Verhandlungen im Syrien-Konflikt aussprechen und Druck auf alle Seiten, die Gewalt anwenden, ausüben. Der Sondervermittler Lakhdar Brahimi braucht die uneingeschränkte Unterstützung des UN-Sicherheitsrats für seine neuen Vermittlungsbemühungen. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt zudem die zivilgesellschaftliche Initiative für die Verankerung eines ‚Menschenrechts auf Frieden‘ bei den Vereinten Nationen. Dies könnte ein wichtiger Beitrag gegen die Militarisierung der

internationalen Beziehungen sein.“